

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE
DES LANDESSENIORENBEIRATS
BERLIN**

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

§71 SGB XII

1. Welche Erwartungen an ein Altenhilfestrukturgesetz für Berlin hat Ihre Partei und welche inhaltlichen Schwerpunkte, entsprechend des 7. Altenbericht der Bundesregierung, sollten berücksichtigt werden?

Antwort:

Ziel unserer Politik für ältere Menschen ist es, die demografischen Herausforderungen zu meistern, eine Teilhabe älterer Menschen und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu sichern. Wir halten es für wichtig, dass der demografische Wandel und die steigende Anzahl älterer Menschen auch im Rahmen der Förderinstrumente angemessen berücksichtigt werden. Daher unterstützen wir Maßnahmen zur Stärkung der Kompetenzen älterer Menschen, für die Entwicklung sorgender Gemeinschaften, in den Bereichen Wohnen, Mobilität und Gesundheit, Prävention und Pflege für ältere Menschen. Die Einhaltung der Menschenrechte älterer Menschen, deren Beteiligung und Teilhabe auf allen Ebenen, kommunal, national und international ist für die Union ein prioritäres Ziel, das wir auch auf internationaler Ebene weiterverfolgen.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation und der Teilhabe älterer Menschen auf den Weg gebracht. Dennoch halten wir es für erforderlich, weiterreichende Ziele zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für ältere Menschen anzustreben und so eine Neuausrichtung der Politik für ältere Menschen zu bewirken. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, in Berlin Altenhilfestrukturen verstärkt zu planen sowie auf- und auch auszubauen. Durch bessere Koordinierung, Kooperationen und Vernetzungen können Sozialräume bedarfsgerecht gestaltet, stabile Sorgestrukturen geschaffen und generationenübergreifende Vorhaben gezielt umgesetzt und die gesellschaftliche Teilhabe älterer Menschen gesichert werden.

Wir unterstützen die Entwicklung eines Berliner Gesetzes „Gutes Leben im Alter“, um mehr Verbindlichkeit für ein gutes Leben im Alter zu erreichen. Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Maik Penn, ist Mitglied der Steuerungsgruppe, die einen entsprechenden Gesetzesentwurf erarbeitet und auf den Weg bringt. Unser Ziel ist es, dass ein solches Gesetz Bestandteil der nächsten Koalitionsvereinbarung wird. Bedauerlicherweise wird das Seniorenmitwirkungsgesetz erst zum Ende der Legislatur 2016-2021 evaluiert werden, sodass die Erkenntnisse erst in der nächsten Legislatur in die politische Arbeit einfließen können.

In Berlin sind viele, vor allem ältere Menschen einsam. Jeder 10. Einwohner im Land Berlin leidet an ungewollter Einsamkeit mit allen negativen Folgen für die leibliche und seelischen Gesundheit. Das wollen wir ändern, denn es gibt nichts Schrecklicheres als einsam zu sein und sich allein zu fühlen. Wir wollen, dass das Thema mehr Aufmerksamkeit bekommt und es mehr Angebote für einsame Menschen in unserer Stadt gibt. Deshalb haben wir bereits im Dezember 2019 unseren ersten Einsamkeitsgipfel initiiert, bei dem deutlich wurde: Einsamkeit ist kein Problem, das man auf Knopfdruck löst. Es hat vielfältige Ursachen und Ausdrucksformen. Die CDU Berlin fordert deshalb einen Einsamkeitsbeauftragten, der nicht nur Zeichen setzt gegen soziale Isolation, sondern auch Maßnahmen koordiniert, kontrolliert, ein gut funktionierendes Hilfesystem aufbaut und Konzepte entwickelt. Außerdem setzen wir uns für ein stadtweites Bündnis gegen Einsamkeit sowie einen Runden Tisch „Einsamkeit in der Großstadt“ ein. Bisher wurden all diese Initiativen von der rot-rot-grünen Regierungskoalition bedauerlicherweise ausgebremst, vertagt und abgelehnt.

Gesundheit/ Pflege

2. Was tun Sie auf Landes- und Bundesebene zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung älterer Menschen und zur Überwindung des Pflegenotstandes?

Welche Schritte werden Sie dazu gehen?

- zur Sicherung eines bedarfsgerechten Personalschlüssels**
- zur Schaffung eines allgemein verbindlichen Tarifvertrages**
- zur finanziellen Entlastung der pflegebedürftigen Menschen**

Antwort:

Für die CDU Berlin ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie für Pflegekräfte ein wichtiges politisches Ziel. Dafür müssen wir ihre Anliegen und Sorgen stärker in den Mittelpunkt der politischen und gesellschaftlichen Debatte stellen. Eine demokratische und soziale Gesellschaft muss sich ihrer Schwächsten in besonderem Maße annehmen.

Allen Menschen, die in der Pflege tätig sind, gebührt unsere Wertschätzung, Anerkennung und Dank. Unsere Stadt wächst nicht nur und wird bunter, sie wird auch älter. Eine gute und qualitativ hochwertige Pflege ist nur mit ausreichendem und motiviertem Personal zu erreichen. Angesichts der Herausforderungen, die auf unsere alternde Gesellschaft zukommen gilt es daher, für attraktivere Arbeitsbedingungen in der Pflege zu sorgen. Dazu gehört für uns unter anderem eine gute Personalausstattung. Wir wollen gemeinsam mit Arbeitgebern und Beschäftigten von Gesundheitseinrichtungen ein

umfassendes Personal-Konzept entwickeln, das die Einrichtungen in die Lage versetzt, mit genügend und befähigtem Personal ihre wichtigen Aufgaben zu bewältigen. Außerdem werden wir uns insbesondere für eine bessere Bezahlung des Personals in den Pflegeberufen einsetzen. Zudem sollten Entwicklungsperspektiven für qualifizierte Pflegekräfte – analog anderer Berufsgruppen - geschaffen werden, die mit einer der steigenden Verantwortung entsprechenden Vergütung einhergehen. Außerdem wollen wir die Situation der Pflegenden verbessern und uns dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Pflegeberufen erleichtert werden – vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem setzen wir uns für eine maximale Obergrenze für pflegerische Leiharbeit in Krankenhäusern und in Pflegeeinrichtungen in Höhe von 10 Prozent ein. Die Vergütung für Leiharbeit darf die tarifüblichen Personalkosten für Pflegekräfte nicht überschreiten und dürfen von den gesetzlichen Krankenkassen im Rahmen der jährlichen Budgetverhandlung nicht vergütet werden.

Die demografische Entwicklung führt dazu, dass der Bedarf an ambulanten pflegeunterstützenden Wohnformen und neuen stationären, wohnortnahmen Pflegeeinrichtungen auch in Zukunft immer weiter steigen wird. Die Zahl der Pflegeplätze in unserer Stadt gilt es daher kontinuierlich auszubauen und dabei auch dafür Sorge zu tragen, dass eine gleichmäßige Verteilung auf alle Berliner Bezirke sichergestellt ist. Hier ist der Fokus verstärkt auf die Stadtteile jenseits des S-Bahn-Rings zu legen, in denen besonders viele ältere Bürgerinnen und Bürger leben. Den Betroffenen fällt es häufig leichter, innerhalb des angestammten Kiezes in ein Pflegeheim zu ziehen, anstatt "ans andere Ende der Stadt". Zudem kann so gewährleistet werden, dass die Pflegebedürftigen aufgrund kürzerer Wege den Kontakt zu ihren Angehörigen nicht verlieren. Daher müssen entsprechende Anreize für die Ansiedlung von Pflegeheimen sowie die erforderliche Infrastruktur in Form von Pflegestationen auch in den Außenbezirken vorhanden sein.

Wir unterstützen den „Berliner Pakt für die Pflege“ sowie die Maßnahmen im Rahmen der Konzertierten Aktion Pflege der Bundesregierung. Außerdem wollen wir eine Landespfegebeauftragte bzw. einen Landespfegebeauftragten in Berlin als Sprachrohr und Kontrollinstanz der Berliner Pflegepolitik schaffen. Er/Sie soll als zentrale/r Ansprechpartner/in in einem fortwährenden Dialog mit den pflegebedürftigen Menschen, den pflegenden Angehörigen und den Pflegekräften im Land Berlin für die Belange rund um das Thema der Pflege zur Verfügung stehen und so als überwachendes und kontrollierendes Organ für eine Weiterentwicklung und Optimierung der Pflege im Land Berlin zuständig sein. Darüber hinaus wollen wir eine jährliche Konferenz mit allen Berliner Pflegestützpunkten, dem Pflegerat, den Heimbeiräten, Vereinigungen bzw.

Trägern der ambulanten und stationären Pflege, Vertretern der Ausbildungseinrichtungen, sowie den Vertretern der Kranken- bzw. Pflegekassen, Kassenärztlichen Vereinigung Berlin, Berliner Ärztekammer und der Berliner Krankenhausgesellschaft initiieren.

Die CDU hält weiterhin an ihrem Ziel fest, eine Landespflegekammer als Sprachrohr der Pflegekräfte in unserer Stadt einzurichten, die ihnen die aktive Beteiligung an allen Fragen der beruflichen Pflege ermöglichen sowie den Schutz vor Pflegemissbrauch verbessern soll. Den Pflegeberuf wollen wir stärken und sowohl für eine angemessene Bezahlung als auch bessere Arbeitsbedingungen sorgen.

Digitalisierung

3. Welche Erfahrungen wurden bisher, entsprechend des 8. Altersbericht der Bundesregierung, mit der Digitalisierung von Ihrer Partei gesammelt und welche Voraussetzungen wollen Sie schaffen, damit die Berliner Senior*innen bei der Digitalisierung eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten?

Antwort:

Die Digitalisierung hat unser Leben und unsere Gesellschaft nachhaltig verändert und wird dies auch weiter tun. Smartphones und mobiles Internet sind mittlerweile für viele unverzichtbare Begleiter des täglichen Lebens geworden. Wir Christdemokraten verstehen die Digitalisierung als eine Art des Denkens und Handelns, das konsequent unserem Gemeinwesen und den Berlinerinnen und Berlinern nutzen muss. Wir sind der festen Überzeugung, dass die Digitalisierung eine große Chance bietet, das Leben der Menschen in unserer Stadt zu verbessern. Aufgabe der Politik ist, nicht nur Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern auch die Menschen auf dem Weg der digitalen Transformation mitzunehmen. Hierzu setzen wir auf Aus- und Weiterbildung, um die digitalen Kompetenzen bzw. die Medienkompetenz auszubauen und zu stärken.

Eine der zentralen Voraussetzungen für Teilhabe und Selbständigkeit gerade älterer Menschen ist eine gute technische Infrastruktur mit einem hochleistungsfähigen Breitbandanschluss. Ältere profitieren nicht nur von den sozialen Medien, wenn es darum geht, mit Enkeln, Verwandten und Freunden im Kontakt zu bleiben. Auch Informationen über Baustellen oder die Verlegung von Haltestellen, Einkäufe, Bankaufträge und Gesundheitsdienstleistungen können sehr gut online abgewickelt. Mit zielgruppenspezifischen Kursen, zum Beispiel in

den Volkshochschulen, können sich Ältere neue Teilhabemöglichkeiten erschließen.

Langfristig wollen wir mit einer neuen Berliner „Bildungscloud“ eine digitale Plattform entwickeln, in der sich alle Berlinerinnen und Berliner miteinander vernetzen können. Damit wollen wir eine einheitliche Grundlage und die notwendigen Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe an digitaler Bildung für alle Menschen in unserer Stadt schaffen. Sie soll die Lernplattform für alle Bildungsbereiche, von der Grundschule über die Hochschule bis hin zur Fort- und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens auch für Ältere sein.

Diversität

4. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Diversität im Alter (sexuell und geschlechtlich) sichtbarer zu machen und damit Diskriminierung im Kontext von Gesundheitsförderung und sozialer Teilhabe zu vermeiden?

Antwort:

Ziel der CDU Berlin ist und bleibt eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung. Unserer Gleichstellungs-politik liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Alter, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert.

Migrat*innen

5. Welche konkreten Schritte haben Sie geplant, um die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Berliner*innen mit Migrationsgeschichte zu fördern und ihre Repräsentation in politischen Gremien zu erhöhen?

Antwort:

Die CDU hat in ihren Programmen und Beschlüssen seit jeher die Auffassung vertreten, dass es nur einer aktiven demokratisch orientierten Bürgergesellschaft gelingen kann, Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt miteinander nachhaltig zu verbinden. Unser erklärtes Ziel ist es daher, Subsidiarität und Eigenverantwortung zu stärken orientiert an den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wollen dabei möglichst viele

Menschen aller Generationen ungeachtet ihrer sozialen, ethnischen Herkunft und religiösen Bindung in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen sowie Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog sichern.

Um Menschen zu erreichen, die aus unterschiedlichen Gründen nur schwer Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement finden, setzt sich die CDU insbesondere dafür ein, dass für diese Zielgruppen die Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort stärker ausgestaltet werden. Eine lebendige Stadtteilpolitik eröffnet am ehesten Identifikationsbezüge zum unmittelbaren Mitgestalten des Wohnumfeldes, zu einer gelungenen Nachbarschaft und zu Hilfsgemeinschaften zwischen Jung und Alt. Das gilt insbesondere auch für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Eine besondere Berliner Erfolgsgeschichte sind hierbei die Stadtteilmütter. Außerdem wollen wir, dass sich mehr Migratinnen und Migranten in Parteien engagieren und auch bereit sind, politische Mandate und Funktionen zu übernehmen.

Mobilität

6. Was beabsichtigen Sie zu tun, um den öffentlichen Raum zunehmend barrierefrei und sicher für Senior*innen zu gestalten und was plant Ihre Partei, damit Senior*innen so lange wie möglich ihre selbstständige Mobilität aufrechterhalten können?

Antwort:

Die CDU Berlin setzt sich dafür ein, dass unsere Stadt für die Berlinerinnen und Berliner ein sicheres, attraktives und lebenswertes Zuhause bleibt. Dazu gehören kurze barrierefreie Wege im Kiez, ein breites Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs, gute Straßen und ausreichend Grünflächen. Bestehende Programme zur Barrierefreiheit werden wir weiter unterstützen und insbesondere die Herausforderungen des demografischen Wandels im Blick behalten. Wir werden den öffentlichen Raum bei Neubau- und Umbaumaßnahmen so inklusiv und barrierearm wie möglich gestalten und dabei die Expertise von Sozial- und Behindertenverbänden vom ersten Planungsschritt an einbeziehen.

Es bedarf dringend einer Sanierungsoffensive für die Gehwege in unserer Stadt. Bei Tiefbaumaßnahmen sollte verstärkt das Ziel verfolgt werden, durch Absenken der Bordsteine die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass auf stärker befahrenen Straßen sichere Übergänge für Fußgänger, gegebenenfalls durch mehr Ampelanlagen und Querungshilfen, geschaffen werden. Dort, wo es möglich ist, sollen die Ampelschaltungen optimiert und Fußgängerwege verbreitert werden.

Dies soll insbesondere älteren Menschen und Kindern die notwendige Sicherheit geben.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Barrierefreiheit des ÖPNV entschieden vorangetrieben und die Nachrüstung mit Fahrstühlen beschleunigt wird. Defekte Rolltreppen und Aufzüge müssen binnen 24 Stunden repariert werden. Auch für blinde und hörgeschädigte Fahrgäste wollen wir das Angebot verbessern. Bis Ende 2023 sollen alle Bahnhöfe von U- und S-Bahn ohne Treppensteigen genutzt werden können und mit Blindenleitsystemen ausgestattet sein.

Wohnen

7. Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um den Bedarf an bezahlbaren barrierefreien Wohnungen für Senior*innen zu decken und um ein attraktives Wohnumfeld für ältere Menschen zu schaffen?

Antwort:

Das Wohnen ist zu einer großen sozialen Frage unserer Stadt geworden. Enteignungen und „Mietendeckel“ werden das Problem steigender Mieten in Berlin jedoch nicht lösen können. Denn dadurch entsteht keine einzige neue Wohnung! Ganz im Gegenteil: Mit dem nunmehr vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuften „Mietendeckel“ hat sich die ohnehin angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in den vergangenen Monaten weiter dramatisch verschärft. Dies belegt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), wonach sich die Zahl der angebotenen Mietwohnungen in Berlin halbiert hat. Nie seit der Nachkriegszeit war es so schwer, eine freie Wohnung in unserer Stadt zu finden. Außerdem verhindert der „Mietendeckel“ nicht nur den dringend benötigten Neubau, die Modernisierung und den klimagerechten Umbau von Wohnungen, sondern ist auch sozial ungerecht, weil er vor allem gut situierte Mieterinnen und Mieter in teuren, sanierten Altbauwohnungen in der Innenstadt am meisten profitieren lässt. Eines der größten Probleme dabei ist, dass sogar die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften den Umbau und Neubau von barrieregerechten und Wohnungen für ein selbstbestimmtes Leben (AAL) komplett eingestellt haben. Auch die Enteignung großer Wohnungsunternehmen löst nicht das Problem der Wohnungskrise. Für Berlin würde sich dadurch die Situation weiter verschärfen: Mieterinnen und Mieter finden keine bezahlbaren Wohnungen und Investoren ziehen sich zurück. Mit den 36 Milliarden Euro, die das Land Berlin an Entschädigung für die Enteignungen der Wohnungsunternehmen zahlen müsste, könnte man außerdem gut 300.000 neue Wohnungen zu sozialen Mieten

von 6,50 Euro pro Quadratmeter bauen. Durch Enteignungen entsteht jedoch kein einziger Quadratmeter an neuem Wohnraum.

Für die CDU Berlin steht daher fest: Ausreichend Wohnungen mit bezahlbaren Mieten, die sich auch Menschen mit kleinem Geldbeutel in unserer Stadt leisten können, gibt es nur, wenn das Angebot an Wohnraum deutlich größer wird. Deswegen müssen wir mehr, schneller und kostengünstiger bauen. Ziel der CDU ist es, 300.000 neue Wohnungen bis 2035 zu bauen. Dafür setzen wir auf ein breites Bündnis mit allen Akteuren der Wohnungs- und Immobilienbranche. Baugenehmigungsverfahren müssen verkürzt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Außerdem müssen Mieterinnen und Mieter geschützt werden, indem die richtigen und wichtigen rechtlichen Instrumente wie die Mietpreisbremse oder der qualifizierte Mietspiegel konsequent durchgesetzt und kontrolliert werden.

Ziel der CDU Berlin ist es, älteren Menschen möglichst lange das selbstständige und selbstbestimmte Leben in der eigenen Wohnung und in ihrem Kiez zu ermöglichen. Deswegen wollen wir mehr altersgerechte und barrierefreie Wohnungen und dabei finanzielle Anreize für den barrierefreien Umbau von Wohnungen schaffen, um insbesondere zusätzliche Lasten für Mieterinnen und Mieter im Alter zu vermeiden. Wir werden außerdem ein Aufzugsförderprogramm für Wohnhäuser auflegen und damit in den nächsten fünf Jahren 1000 neue Aufzüge für Wohngebäude fördern. Wir werden uns zudem für den Neu- und Umbau von Wohnhäusern einsetzen, die vorzugsweise so konstruiert sind, dass sie den Ansprüchen von Single- und Zwei-Personen-Haushalten gerecht werden. Dies umfasst insbesondere Studentenwohnheime, aber auch altersgerechtes Wohnen. Außerdem werden wir das Mehrgenerationenwohnen als Beitrag gegen Vereinsamung und soziale Isolation besser fördern. Wir wollen binnen fünf Jahren 100 neue entsprechende Projekte mit insgesamt 3.000 zusätzlichen Wohneinheiten realisieren. Auch neue Wohnformen, die das gemeinsame Wohnen von Jung und Alt ermöglichen, und betreute Wohngemeinschaften wollen wir fördern.

Armut

8. Welche Vorhaben wollen Sie auf den Weg bringen, um Altersarmut zu stoppen bzw. zu verhindern?

Antwort:

Wir danken den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Deutschland sehr viel. Sie haben mit ihrer Arbeit dafür gesorgt, dass Deutschland ein prosperierendes, wohlhabendes Land mit hoher Lebensqualität geworden ist. Damit haben sie uns den Weg in eine gute Zukunft geebnet. Das verdient Respekt und Anerkennung. Unser Ziel bleibt es weiterhin, Altersarmut zu vermeiden. Wer sein ganzes Leben gearbeitet hat, soll im Alter davon leben können. Die CDU steht deshalb dafür ein, dass die Einkommen der Rentnerinnen und Rentner auch in Zukunft berechenbar und angemessen sind.

Grundsätzlich ist die Rente ein Spiegelbild des Erwerbslebens. Die beste Versicherung gegen Altersarmut ist eine gute und durchgehende Erwerbstätigkeit. Von Altersarmut gefährdet sind vor allem Menschen, die längere Phasen selbstständiger Tätigkeit mit geringem Einkommen, geringfügiger Beschäftigung, von Arbeitslosigkeit oder familienbedingter Erwerbsunterbrechungen in ihren Erwerbsbiografien aufweisen. Ziel der CDU Berlin ist es daher, noch mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Wir wollen eine Chance auf Arbeit für jeden Menschen in Berlin. Denn Arbeit dient der Selbstverwirklichung des Einzelnen und schafft Lebensqualität. Unsere Anstrengungen der kommenden Jahre sind deshalb darauf gerichtet, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, um noch mehr Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu bringen. Subventionierte Dauerarbeitsverhältnisse schaden unserer Gesellschaft und wirken sich negativ auf die Arbeitsmoral aus. Mit Langzeitarbeitslosigkeit finden wir uns nicht ab. Wir wollen deshalb die Qualifizierung, Vermittlung und Re-Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt deutlich verbessern.

Außerdem machen wir uns dafür stark, Familienzeiten in der Alterssicherung stärker zu berücksichtigen. Denn obwohl immer mehr Frauen in unserem Land erwerbstätig sind, besteht zwischen ihrem Arbeitszeitvolumen und dem von Männern eine erhebliche Lücke. Nach wie vor ist es so, dass oftmals Frauen diejenigen sind, die ihre Arbeitszeit reduzieren, um Kinder zu erziehen oder Angehörige zu pflegen. Frauen leisten täglich 52 Prozent mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Nach der Familiengründung gewinnt die Teilzeit für Frauen an Bedeutung. Deshalb fordern wir neben der stärkeren Berücksichtigung von Familienzeiten in der Alterssicherung einerseits verstärkte Anstrengungen zur Erreichung der Lohngleichheit von Männern und Frauen, um eine freie Wahl der

Partner für Familienzeiten zu gewährleisten, sowie andererseits Anreize für eine gleichmäßige Aufteilung von Elternzeiten zwischen Mann und Frau.

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement

9. Was will Ihre Partei tun, um freiwilliges Engagement zu stärken und dessen Eigenständigkeit zu gewährleisten?

Antwort:

Das Ehrenamt ist für die CDU Berlin ein Herzensanliegen. Unzählige Berlinerinnen und Berliner engagieren sich in den verschiedensten Bereichen ehrenamtlich. Durch ihren unermüdlichen Einsatz tragen sie wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserer Stadt bei – auch zwischen Jung und Alt. Ohne das freiwillige Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger wäre vieles in unserer Stadt nicht möglich. Deshalb werden wir auch weiterhin für mehr öffentliche Anerkennung und Wertschätzung der Ehrenamtlichen in Berlin eintreten. Wir wollen eine Kultur des Respekts und der Aufmerksamkeit für alle erreichen, die sich in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Und wir wollen, dass sich mehr Menschen zu Engagement in Vereinen und Organisationen bereitfinden. Unser Ziel ist es, auf Augenhöhe mit den zahlreichen Freiwilligen das Ehrenamt in unserer Stadt weiter zu stärken.

Ehrenamt stärkt auch die Persönlichkeit und bedeutet Teilhabe. Die CDU Berlin setzt sich daher dafür ein, dass die verschiedenen Tätigkeiten Menschen jeden Alters offenstehen. Derzeit gibt es im Berliner Ehrenamt noch diverse Tätigkeiten, die eine Altersgrenze aufweisen und daher ältere Menschen ausschließen. So können beispielsweise lediglich Personen, die nicht älter als 70 Jahre sind, eine Tätigkeit als Schöffe aufnehmen. Auch Schiedsfrauen und -männer müssen jünger als 71 Jahre sein. Diese pauschalen Altersgrenzen müssen abgeschafft werden. Vielmehr sollte bei der Besetzung ehrenamtlicher Positionen auf die individuelle Eignung geachtet werden.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit

Wir wollen die von uns 2015 eingeführte Ehrenamtskarte so weiterentwickeln, dass die ehrenamtlich Engagierten auch den Nahverkehr zu vergünstigten Konditionen, am besten sogar kostenlos, nutzen können. Denn das wäre nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung, sondern zugleich Ausdruck der Erkenntnis, dass ehrenamtliche Arbeit heute nicht mehr nur in der Nähe des eigenen Kiezes geleistet wird.

Zur Unterstützung und Stärkung ehrenamtlicher Arbeit setzt sich die CDU Berlin darüber hinaus dafür ein, einen Ehrenamtsfonds für Veranstaltungs- und

Materialausgaben einzurichten und diesen mittels eines eigenen Titels im Haushaltsplan von Berlin zu verstetigen.

Würdigung der ehrenamtlichen Arbeit

Wir wollen die Ehrenamtskarte weiterentwickeln. So soll die Ehrenamtskarte beispielsweise durch die Ausgabe einer Urkunde sowie einer Anstecknadel mit Jahreszahl ergänzt werden. Außerdem sollen Inhaber der Ehrenamtskarte vergünstigte Konditionen bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel erhalten.

Als neue Form der Auszeichnung wollen wir einen Berliner Ehrenamtspreis für besonders verdiente Engagierte ins Leben rufen und verstetigen. Die jährliche Auslobung und Verleihung eines Ehrenamtspreises würde die Wertschätzung für Engagierte weiter stärken und vor allem das Bürgerschaftliche Engagement sichtbar in den Fokus der Stadtgesellschaft rücken. Über den Erhalt einer monetären Prämie hinaus soll die Verleihung des Ehrenamtspreises den Organisationen als eine öffentliche Bühne zur Vorstellung ihrer Projekte dienen und am jährlich stattfindenden Aktionstag „Berlin sagt danke“ stattfinden.

Öffentliche Anerkennung stärken

Wir wollen in Berlin die Auszeichnung „Ehrenamtlerin bzw. Ehrenamtler des Monats“ einführen, um verdienstvolle Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Berliner Ehrenamtsbereichen zu ehren und ihre Verdienste in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ziel ist es, damit das Ehrenamt im Land Berlin weiter zu stärken, Einzelpersonen auf Grund ihrer Verdienste für die Allgemeinheit öffentlich vorzustellen sowie die Vielfalt und Lebendigkeit ehrenamtlicher Tätigkeit in ihrer ganzen Breite den Berlinerinnen und Berlinern nahe zu bringen.

Digitalisierung

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat im Laufe dieser Legislaturperiode das Thema Digitalisierung und Ehrenamt sehr häufig im Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Anträgen, Besprechungspunkten und Fragestellungen aufgegriffen, da die Senatspolitik diesem Anliegen nicht die ihr zustehende Aufmerksamkeit widmete. Die Forderungen und Vorschläge gingen dabei von einer flächendeckenden Ausstattung mit technischen Geräten sowie deren Instandhaltung und Finanzierung bis hin zur Verfügungstellung freier Lizenzen und der Unterstützung bei der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung. Besonderen Raum nahmen auch Weiterbildungsangebote und Unterstützungsleistungen bei der digitalen Kommunikation ein. Ein besonderer Schwerpunkt war dabei der Aufbau von Datenbänken. Da ehrenamtliches Engagement oft nicht nur auf langfristiger Basis stattfindet, sondern zunehmend durch Kurzzeit-

Engagements freiwilliger Helferinnen und Helfer insbesondere bei Großveranstaltungen im Sport- und Kulturbereich ergänzt wird, wollen wir eine landesweite „Volunteer-Datenbank“ einrichten, in der sich Interessierte informieren und als freiwillige Helferinnen und Helfer registrieren lassen können.

Insbesondere die in diesem Diskussionsprozess gewonnenen Ideen und Vorschläge sind nunmehr in die Handlungsempfehlungen des Senats unter „Chancen der digitalen Transformation nutzen“ eingeflossen. Hiermit verbinden wir die Hoffnung, dass nun schnellstens eine Umsetzung erfolgt. Dabei gilt es auch internetferne Zielgruppen besser zu erreichen durch barrierefreien Zugang, gezielte Praxisanleitung und bessere Nutzerfreundlichkeit.

Vernetzung Haupt - und Ehrenamt, finanzielle Sicherung, Bürokratieentlastung
Neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist die Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt zu einem höchst relevanten Thema im Arbeitsleben geworden, denn fast ein Drittel aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger nehmen in der einen oder anderen Form ein Ehrenamt wahr. Deswegen wollen wir in den Berliner Verwaltungen einheitliche Regelungen zum Umgang mit Beschäftigten, die ein Ehrenamt wahrnehmen, herstellen. Dazu sollen unter Mitwirkung der Mitbestimmungsgremien Vorschläge entwickelt werden, mit denen in allen Berliner Verwaltungen vergleichbare Rahmenbedingungen für Beschäftigte, die ein Ehrenamt wahrnehmen, implementiert werden können.

Ziel der CDU Berlin ist es auch, ehrenamtlich Tätige und Vereine von Bürokratie zu entlasten und durch Beratungsangebote zu unterstützen. Die Einrichtung eines „Forums des Ehrenamts“ als zentrale Anlaufstelle für das bürgerschaftliche Engagement sowie eines „Beirats Ehrenamtsförderung“ in allen Senatsverwaltungen oder die Einsetzung einer/s Beauftragten für das bürgerschaftliche Engagement in Berlin könnte dazu beitragen.